

Die Politisierung der Mindestlohnfindung

VON MATTHIAS BELAFI

Von den sozialpolitischen Vorhaben der Ampelkoalition genießt die Erhöhung des Mindestlohns als Wahlkampfversprechen der SPD besondere Prominenz. Ihre schnelle Realisierung ist versprochen. Schon in wenigen Wochen will der Arbeitsminister einen Gesetzentwurf vorlegen, der noch in diesem Jahr in Kraft treten soll. Schon die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns 2015 war – seinerzeit vor allem im Sinne der Beteiligungsgerechtigkeit – umstritten. Sozial-ethisch war jedoch immer klar: Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelte Tariflöhne sind grundsätzlich die erste Wahl. Allerdings kann und soll dort, wo der Markt versagt, der Staat mit der Setzung einer Lohnuntergrenze eingreifen. Das Mindestlohngesetz sah nicht nur einen Mindestlohn von 8,50 Euro vor, sondern legte auch das Verfahren der weiteren Erhöhung fest: Sie wird von einer Kommission vorgeschlagen, die je zur Hälfte aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, einem gemeinsam vorgeschlagenen Vorsitzenden sowie aus zwei Wissenschaftlern mit beratender Stimme besteht. Nun will die neue Bundesregierung einmalig von diesem Verfahren abweichen und den Mindestlohn auf 12 Euro anheben.

Die Ampel greift in Tarifautonomie ein

Dies ist in jederlei Hinsicht kritisch zu sehen: Erstens funktioniert das etablierte System der Mindestlohnfindung. Nach Vorschlag der Mindestlohnkommission soll der Mindestlohn ab Juli 2022 bereits 10,45 Euro betragen; er ist also seit der Einführung um fast zwei Euro gestiegen. Zweitens war die Schaffung der Mindestlohnkommission ein guter Kompromiss, denn dadurch sind selbst bei der Setzung des staatlichen Mindestlohns Arbeitnehmer und Arbeitgeber maßgeblich eingebunden. Dass die Ampelkoalition nun ausgerechnet in einer Situation auf die wissenschaftliche Beratung der Mindestlohnfindung pfeift, in der – Stichwort: Klimawandel und Coronapandemie – immer wieder die Notwendigkeit wissenschaftlicher Politikberatung betont wird, ist obendrein ein Treppenwitz. Drittens aber ist die Ankündigung, es handle sich bei der Erhöhung auf 12 Euro um ein einmaliges politisches Eingreifen und danach solle die Kommission wieder ihre Arbeit fortführen, völlig unglaubwürdig. Liefert die Kommission so schlechte Ergebnisse, dass sie politisch korrigiert werden müssen? Oder ist ihre Arbeit doch nicht so schlecht, wenn sie in Zukunft wieder tätig werden soll? Vor allem zerstört die Ankündigung jedes Vertrauen auf die Zukunft: Warum sollte ein politischer Eingriff, jetzt wo dieses Tabu gefallen ist, nicht auch in Zukunft immer wieder möglich sein? Klar ist: Es geht hier nicht (mehr) um ein Versagen des Marktes bei der Lohnfindung – stattdessen wird die Mindestlohnfindung politisiert. Dadurch werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiter geschwächt, allerdings nicht durch den geringen Organisationsgrad oder die geringe Tarifbindung, sondern ausschließlich durch die Politik. Dies ist weder sozialetisch noch sozialpolitisch wünschenswert.



Der Autor ist Politikwissenschaftler und stellvertretender Vorsitzender von Ordo Socialis, Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.

Foto: Frankenhauser